

Sachsen-Anhalts SPD gegen CO₂-Lager unter der Altmark

Angesichts des Widerstands in der Altmark gegen unterirdische Kohlendioxid-Speicher für Kohlekraftwerke hat sich Sachsen-Anhalts SPD gegen ein solches Projekt ausgesprochen. Auch Umwelt- und Wirtschaftsministerium gehen auf Distanz.

Von Winfried Borchert

Magdeburg/Salzwedel. SPD-Landes- und Landtagsfraktionschefin Katrin Budde forderte gestern eine Änderung im Landesentwicklungsplan, der zurzeit im Landtag beraten wird. „Es darf keine Experimente auf Kosten der Bürger in der Altmark geben“, sagte Budde der Volksstimme. Niemand könne die Speichersicherheit garantieren, die Technologie setze den Wir-

kungsgrad von Kohlekraftwerken rapide herab, und der notwendige Gesetzesentwurf der Bundesregierung sei „völlig unausgegrenzt“, sagte Budde.

In dem aktuellen Entwurf des Entwicklungsplans heißt es: „Die fast erschöpfte Erdgas-Lagerstätte Altmark wird für die CO₂-Speicherung gesichert.“

Die Konzerne Vattenfall und Gaz de France wollen im Rahmen eines CCS-Forschungsprojektes 100 000 Tonnen Kohlendioxid in eine ausgebeutete Erdgaslagerstätte 3000 Meter tief in die Erde pumpen. CCS bedeutet Carbon Dioxide Capture and Storage, also Kohlendioxid-Abscheidung und -Speicherung. Das Kohlendioxid stammt aus dem Kohlekraftwerk Spremberg (Brandenburg), wo die Technologie erprobt wird. Es soll

per Lkw in die Altmark gefahren werden. Die CCS-Verfechter wollen mit dem Projekt die Freisetzung des klimaschädlichen CO₂ senken. In Maxdorf bei Salzwedel hat Vattenfall bereits eine Verpressungsstation errichtet.

Seit Monaten formiert sich in der Region Widerstand. Eine Bürgerinitiative hat sich gegründet. Bewohner fürchten um Gesundheit und Leben, falls das in hoher Konzentration tödliche Gas unerwartet austritt. Am Montag sprach sich der Kreistag des Altmarkkreises Salzwedel gegen das Projekt aus.

Im Landtag hatte bisher einzig die Linke das CCS-Vorhaben abgelehnt. In der SPD-Fraktion machten zuletzt vor allem die altmärkischen Abgeordneten Ralf Bergmann und Jürgen Barth

Front dagegen. Bergmann sagte jetzt: „Der CCS-Passus muss aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen werden.“

CDU-Wirtschaftspolitiker Detlef Gürth sprach sich dagegen für eine Formulierung aus, die eine anderweitige Nutzung der leeren Lagerstätte zuließe. „CCS wird zunächst einmal sicher nicht kommen“, sagte Gürth.

Auch Wirtschaftsminister Reinert Haseloff (CDU) hält die Probleme der Technologie noch für zu groß und brachte die Nutzung für Biogas ins Spiel.

Aus dem Umweltministerium hieß es gestern, man arbeite mit dem Wirtschafts- und dem Bauministerium an einer geänderten Formulierung für den Landesentwicklungsplan, die „nicht wie bisher auf CCS fixiert“ sein solle.